

Kerstin Andreae MdB, wirtschaftspolitische Sprecherin Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Theresia Bauer MdL (Ba-Wü), stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag
Alexander Bonde MdB, haushaltspolitischer Sprecher Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Silke Krebs, Landesvorstand Bündnis 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg
Andrea Lindlohr, Landesvorstand Bündnis 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg
Edith Sitzmann MdL (Ba-Wü), wirtschaftspolitische Sprecherin und stellvertretende
Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag

16. Dezember 2008

Jetzt für morgen!

Ökologische Politik muss auch in der Krise Bodenhaftung bewahren – Warum grünes Krisenmanagement verlässlich auf Nachhaltigkeit setzt.

Die Weltwirtschaft steht vor einer grundlegenden Neuausrichtung. Das Wirken der Finanzkrise auf die Realwirtschaft sowie der fortschreitende Klimawandel machen mehr als deutlich, dass sich die deutsche Volkswirtschaft neu aufstellen muss. Nachlassende Exporte sowie die sinkende Binnennachfrage geben Grund zur Sorge. In ihrer Folge müssen wir mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit rechnen.

Wegbrechende Absatzmärkte, Unsicherheiten auf den Weltmärkten, abnehmende Rohstoffvorkommen und der Wandel zur Wissensökonomie sind Entwicklungen, die auch schon vor der Finanzkrise die Weltwirtschaft herausgefordert haben. Die Finanzmarktkrise hat den absehbaren Wirtschaftsabschwung verstärkt und beschleunigt. Unternehmen, die schlecht geführt sind oder am Markt vorbei produzieren, werden ihre Stellung nicht behaupten können. In einer wirtschaftlichen Abschwungphase treten schon vorhandene Problemlagen noch deutlicher und schneller zutage. Auch gesunde Firmen sind davon bedroht, mit in den Krisenstrudel gezogen zu werden.

Zielführend ist weder eine Politik der ruhigen Hand noch eine der hektischen Hand, die mehr verschüttet als ans Ziel bringt. Wir wollen in der Krise überlegt und schnell handeln, in dem wir den Rahmen für eine Neuausrichtung der Wirtschaft setzen. Dabei ist klar: Ohne eine gesunde ökologische Entwicklung kann es auch keine gesunde ökonomische Entwicklung mehr geben. Auch wir Grünen wollen die Wirtschaftskraft unseres Landes stärken. Aber der Klimawandel wartet nicht auf eine gute Konjunktur.

Kein Rollback zum blinden Wachstumsfetischismus

Derzeit hat auf alle Fälle eines Hochkonjunktur: Vorschläge, mit möglichst viel staatlichem Geld dem wirtschaftlichen Abschwung entgegenzuwirken. Hoffnung nährt dabei der Gedanke, dass jedem Abschwung auch ein Aufschwung folgt und es nun darum gehe, die Phase des konjunkturellen Tiefs zu verkürzen bzw. ihre Auswirkungen abzuschwächen. Die momentane Krise droht sich zur weltweit größten Wirtschaftskrise seit dem zweiten Weltkrieg auszuwachsen. Dennoch bedeutet auch diese Krise keine vollständige Zeitenwende. Die Regeln des nachhaltigen Wirtschaftens gelten weiter und sind für die Bewältigung dieser Krise fundamental.

Für uns Grüne gilt gerade in dieser Situation: „Jetzt für morgen“. Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit, der Kampf gegen den Klimawandel und die effektive Ar-

mutsbekämpfung stehen gestern, heute und morgen auf der Agenda. Es kann nicht darum gehen, marode Industriebranchen zu pöppeln oder mit konjunkturellen Strohu- feuern Steuergelder zu verbrennen. Konsumschecks oder -gutscheine, deren Befür- worter jeden Gedanken an eine wachstums- und konsumkritische Positionierung ü- ber Bord werfen und bei denen der Gedanke der Nachhaltigkeit – auch im Hinblick auf den staatlichen Haushalt – keine Rolle mehr spielt, erteilen wir eine klare Absa- ge. Grüne mit ihrer ökologischen Grundüberzeugung können nie für blindes Wachs- tumsstreben sein.

Auch konjunkturpolitisch sind Maßnahmen zur bloßen Konsumankurbelung zu hin- terfragen. Das gilt auch für die Steuerschecks, die im Frühjahr 2008 in den USA ver- teilt wurden. Die Hoffnungen auf eine nachhaltige Wende der Konsumnachfrage er- füllten sich nicht. Die ernüchternde Erkenntnis ist: Geld blind in den Konsum zu po- wern hat immer nur einen Effekt: Der staatliche Schuldenberg wird größer als zuvor.

Auslöser der Krise in den USA war, dass dort individuell und als Land permanent über die eigenen Verhältnisse gelebt wurde. Diese schuldenfinanzierte Ankurbelung der Nachfrage ist in sich zusammengebrochen und war die Ursache der Bankenkri- se. Privat und gesamtstaatlich wurde mehr ausgegeben, als die jeweilige eigene Leistungsfähigkeit eigentlich erlaubte. Gerade vor dem Hinblick dieser Analyse stel- len sich kritische Fragen an Strategien zur Krisenrettung, die auf schuldenfinanzier- ten, nicht-nachhaltigen Konsum setzt. Bei aller Notwendigkeit zur Krisenabwehr: Es macht keinen Sinn die nächste Blase schon vorzuprogrammieren.

Nachhaltige Haushaltspolitik

Dieser Gedanke ist mit einer nachhaltigen Haushaltspolitik zu verbinden. Wir brau- chen eine Neuausrichtung der institutionellen Rahmenbedingungen. Wir brauchen eine Ausgabenregel, welche die erlaubten Ausgaben an die Entwicklung der Ein- nahmen bindet. Eine solche Regel wird die Verschuldung wirksam begrenzen. In konjunkturell guten Zeiten sollen Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet werden. Da- gegen sind in konjunkturell problematischen Zeiten antizyklisch wirkende Haushalts- defizite zulässig. In einer schweren konjunkturellen Krise ist eine weitere Konsolidie- rung des Haushaltes nicht sinnvoll. Ziel muss aber sein, über den Konjunkturzyklus betrachtet einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Auch die derzeitige Debatte um Steuersenkungen ist nicht zielführend. Die Einkom- mensteuern sind im europäischen Vergleich in Deutschland nicht zu hoch. Außer- dem wird durch eine Steuersenkung eher die Sparquote erhöht, als dass die Bin- nennachfrage wesentlich gestärkt würde. Volkswirtschaftlich betrachtet haben höhe- re Ersparnisse durchaus ihre positive Wirkung. Sie sind die Grundlage, auf der über den Tag hinaus wirtschaftlicher Wohlstand gedeihen kann. Konjunkturpolitisch wir- ken Steuersenkungen allerdings kaum, und wirken sich kaum auf die unteren Ein- kommenschichten und deren Konsumverhalten aus. Untere Einkommenschichten profitieren gar nicht oder zumindest nur unterproportional von diesen Steuersenkun- gen. Das ist sozial unausgewogen und damit falsch.

Schließlich wird über eine Absenkung der Mehrwertsteuer debattiert. Jenseits des- sen, dass die letzte massive Mehrwertsteuererhöhung zwangsläufig zu einer Kauf- kraftsenkung geführt hat, würde eine Absenkung aber nicht direkt an die Konsumenten

ten weitergegeben werden, da die Steuerpolitik nicht direkt Preissenkungen infolge von Steuersenkungen durchsetzen kann.

Ergebnis der bisher diskutierten Maßnahmen: Das staatliche Defizit und die Zinslasten würden sprunghaft steigen – die konjunkturpolitischen Auswirkungen wären ausgesprochen gering.

Die dritte industrielle Revolution

Es braucht nicht weniger als eine dritte industrielle Revolution, die Stärkung des Vertrauens der Wirtschaft in die Politik – also in verlässliche und planbare Gesetze und Verordnungen – und vor allem auch das Vertrauen in die Entwicklung der Märkte.

Wo aber liegen die Märkte der Zukunft? Welche wirtschaftliche Zukunft, wenn Wachstum als Selbstzweck ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Folgen abgelehnt wird, stellen wir uns vor? Wir Grünen messen die Leistungskraft unserer Wirtschaft auch daran, was sie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und zum Reichtum der kulturellen und sozialen Beziehungen der Gesellschaft beiträgt.

Nicht mehr Produktion, sondern bessere Produkte und bessere Produktionsprozesse sind nötig. Für die Umwelt, für das Klima, für die Menschen. Es kann nicht um „mehr“, sondern es muss um „besser“ gehen. Nicht um den Zweitwagen, sondern um die ökologisch sinnvolle Alternative zum Erstwagen. Nicht um den „big size“ Kühlschrank, sondern um energieeffiziente Haushaltgeräte. Wir wollen qualitatives, nicht quantitatives Wachstum.

Wer diese Herausforderungen als Chance nutzt, erkämpft sich einen vorderen Platz in der Ökonomie von Morgen. Hier entstehen neue Märkte und Investitionsmöglichkeiten. Es kommt darauf an, zukunftsfähige Investitionsfelder zu identifizieren und das Engagement der Wirtschaft in diesen Bereichen herauszufordern und zu fördern: Durch klare Regeln ebenso wie durch Anschubhilfen, die diese neuen Märkte wirtschaftlich erschließen helfen. Die Zukunft der Wirtschaft ist grün. Hier sind die Arbeitsplätze, die langfristig Bestand haben werden. Der Strukturwandel kann gelingen, wenn wir ihn aktiv gestalten. Selbst im Abschwung steht die Grüne Industrie in Deutschland immer noch gut da: Zwar ist auch diese nicht völlig immun gegen die Krise, aber dennoch wächst die Branche auch jetzt weiter.

Interventionen in der Krise müssen sich an den zukünftigen Anforderungen an die Wirtschaft orientieren. Das ist das Gebot der Stunde. Wir setzen auf eine nachhaltige Orientierung, bei der die ökologische Modernisierung, Bildung und soziale Gerechtigkeit im Mittelpunkt stehen. Klima- und Umweltschutz sind keine Belastungen, sondern eröffnen neue Märkte. Hier liegen die Chancen für Deutschland, für Europa und für die Weltwirtschaft. Nicht überhörbar ist der Wandel in Amerika, der den neuen grünen New Deal einfordert.

Strukturprogramme statt Konjunkturprogramme

In der Automobilbranche hat die Finanz- und Wirtschaftskrise den Strukturwandel beschleunigt. Der Automobilabsatz ist in den USA und Europa eingebrochen. Die Automobilindustrie hat Trends wie steigende Energiekosten und die konsequente Klimapolitik ignoriert und nicht rechtzeitig ihre Produkte bzw. ihre Wagenflotte modernisiert. De facto stehen wir vor einer Angebots- und keineswegs vor einer Nach-

fragekrise. Jetzt die überholten Ansätze der Automobilindustrie zusätzlich zu subventionieren, ist der falsche Weg. Vielmehr brauchen wir gezielte Förderung in die Entwicklung bis hin zur Marktreife von neuen Antriebstechnologien. Darüberhinaus steht die Automobilindustrie vor der Anforderung, ganz neue Wege zu gehen. Wer Mobilität anbieten will, der sollte nicht nur Autos bauen, sondern umfassende Mobilitätskonzepte entwickeln. Hochinnovative Unternehmen können die Krise nutzen. Hier bestehen große Marktchancen für die deutsche Automobilindustrie. Daher ist die Krise primär eine Anforderung an die Reformkraft der Automobilindustrie und höchstens in zweiter Linie an die Industriepolitik.

Statt im Konjunkturabschwung neue Subventionen mit der Gießkanne zu verteilen oder die Bürger mit einem warmen Regen von Steuersenkungen zu beträufeln, sollte der Staat gezielte investive Ausgaben in Forschung und Entwicklung, Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur tätigen. Diese Investitionen (z.B. in einen umfassenden ÖPNV, in die Sanierung von öffentlichen Gebäuden, in Energie- Und Materialeffizienz) wirken langfristig und schaffen Einkommen. Dies setzt auch in der Krise Impulse, aber vor allem werden so Aktivitäten gestartet, die für ein erfolgreiches und in die Zukunft gerichtetes Wirtschaften notwendig sind. Dieser Strukturwandel muss gestaltet und sozialpolitisch begleitet werden.

Den Wandel gestalten

Gerade in der Krise sind niedrig qualifizierte Arbeitsplätze als erstes auf dem Prüfstand und diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Arbeitslosigkeit bedroht. Umso wichtiger ist ein Modell, das in diesem Segment des Arbeitsmarktes einen besonderen Schwerpunkt setzt und ökonomische Anreize gegen Entlassungen setzt. Eine Senkung der Lohnnebenkosten macht deshalb vor allem bei den unteren Einkommen Sinn. Wir wollen den Einstieg in die Lohnnebenkosten progressiv gestalten und damit gerade am unteren Bereich Anreize setzen. Denn dort entscheidet die Höhe der Lohnnebenkosten relevant mit, ob ein Job geschaffen oder abgebaut wird - beim Ingenieur findet diese Abwägung praktisch unabhängig von den Lohnnebenkosten statt.

Zukunftsentscheidend und eine Antwort auf die Frage, wie der nötige Strukturwandel sozial- und arbeitsmarktpolitisch gestaltet werden kann, ist es für Weiterbildung und Qualifizierung zu sorgen, damit im nächsten Aufschwung genügend qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen. Auch diese müssen auf Zukunftsmärkte ausgerichtet sein. Bildung und die richtige berufliche Qualifizierung ist die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

Was aber mit den Menschen, die jetzt und heute von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen und bedroht sind? Hier ist eine verbesserte Grundsicherung ein zentrales Ziel Grüner Sozialpolitik. Die Grundsicherung ist nicht nur sozialpolitisch notwendig, sondern hat auch einen ökonomischen Effekt. Eine Erhöhung der ALG II - Regelsätze auf 420 € für einen Erwachsenen sowie eine Erhöhung der Kinderregelsätze sind angebracht und gerecht. Eine Anhebung der Regelsätze hätte die Anhebung des Steuergrundfreibetrags zur Folge und würde sich somit auch positiv auf die Einkommenssituation der unteren Einkommen auswirken.

Deshalb: Glaubwürdigkeit statt Aktionismus

In der Krise verändern sich die Ansprüche an eine gute Wirtschaftspolitik nicht, sie verschärfen sich: Wirtschaftspolitik ist nur gut, wenn sie an den Ursachen der Probleme ansetzt und nicht an den Symptomen einer Krise herumdoktert. Auch Fiskalpolitik wirkt nur nachhaltig, wenn sie Vertrauen schafft und eine Perspektive für wirtschaftliche Entwicklung aufzeigt. Dies wäre ein Beitrag zur Glaubwürdigkeit der Politik.